

diejenige Schnepens. Beide konstatieren, dass es zwar keine Odessa gab, aber eine Rattenlinie, dass das Zusammenspiel aus dem Argentinien Peróns, der katholischen Kirche und des Roten Kreuzes die Basis tausendfacher erfolgreicher Flucht bildete.

Anmerkungen:

- 1 S. Wiesenthal, *Doch die Mörder leben*, München 1967; F. Forsyth, *Die Akte Odessa*. Roman, München 1973.
- 2 H. Meding (Hrsg.): *Nationalsozialismus und Argentinien. Beziehungen, Einflüsse und Nachwirkungen*, Frankfurt a. M. u. a. 1995; ders.: *Flucht vor Nürnberg? Deutsche und österreichische Einwanderung in Argentinien 1945–1955*, Köln u. a. 1992.
- 3 Juan Domingo Perón (1895–1974) war bis 1946 unter der damaligen Militärregierung General und Minister. 1946 gewann er die Präsidentschaftswahlen, wurde 1951 wiedergewählt und 1955 vom Militär gestürzt. Im September 1973 wurde er erneut zum argentinischen Präsidenten gewählt, bevor er wenige Monate später starb.
- 4 Ruth Bettina Birn: *Sammelrezension. Fluchthilfe für NS-Verbrecher*, in: *H-Soz-u-Kult*, 25.10.2007, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2007-4-075>>
- 5 H. Strausberg: *Selbst Hitler wurde in Argentinien vermutet*, in: *Die Welt*, 20. Dezember 2006.

Thomas Jäger / Alexander Höse / Kai Oppermann (Hrsg.) Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, Wiesbaden: VS-Verlag 2007, 638 Seiten

Rezensiert von
Ulrich Schuster, Leipzig

Ein bis heute andauerndes Ergebnis der rot-grünen Regierungsperiode besteht in Form eines gestiegenen Reflexionsinteresses an deutscher Außenpolitik. Besonders die Ablehnung des dritten Golfkrieges durch die Regierung Schröder und den überwiegenden Teil der deutschen Zivilgesellschaft waren der Ausgangspunkt einer breiten Diskussion über Optionen deutscher Außenpolitik. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob Deutschland seine transatlantische Bündnispolitik zu Gunsten einer europäischen Alternative lockern sollte. Aus diesem Anlass entwickelte sich eine akademische Streitkultur unter deutschen Politikwissenschaftlern, wie sie seit den frühen Neunzigern nicht mehr beobachtbar gewesen ist.¹ Über zeitnahe Positionierung hinaus entstand ein Bedürfnis, die Frage nach der richtigen außenpolitischen Orientierung in Form umfassender Standortbestimmungen zu beantworten. Als Folge erscheinen in den letzten Jahren in vergleichsweise großer Dichte Bücher zur deutschen Außenpolitik.² Auch der von den Kölner Politikwissenschaftlern Thomas Jäger, Alexander Höse und Kai Oppermann herausgegebene Sammelband „Deutsche Außenpolitik“ ist Teil dieses an-

wachsenden Sortiments, nimmt darin aber sowohl durch sein theoretisches Profil als auch durch seine thematische Breite einen speziellen Platz ein.

Anspruch der Hrsg. ist es, eine „Bestandsaufnahme“ der deutschen Außenpolitik zu erbringen, die dem „(...) produktiven Streit um ihre Ausrichtung (...)“ (9) vorausgehen soll. Diese Zielstellung spiegelt sich auch im breiten Aufbau des Sammelbandes. Nach zwei einführenden Aufsätzen, in denen externe und interne Umweltbedingungen der deutschen Außenpolitik gekennzeichnet werden, folgen eine Vielzahl politikfeldspezifischer Analysen in den Bereichen Sicherheit, Wohlfahrt sowie Institutionen- und Normen. In die jeweiligen Bereiche führt ein überblicksartiger Text ein, bevor spezifische außenpolitische Fragestellungen behandelt werden. So leitet beispielsweise der Aufsatz „Deutschland im Globalisierungsprozess: Zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung seit der Wiedervereinigung“ von Juergen B. Donges in das Politikfeld „Wohlfahrt“ ein. Engere Perspektiven auf die deutsche Rolle als Exportweltmeister (Andreas Falke), auf die Währungs- und Finanzpolitik (Bernhard Speyer) oder auf die Energiepolitik (Frank Umbach), um nur einige zu nennen, erschließen den Gegenstand umfänglich. Zum Abschluss des Bandes wird in fünf Beiträgen die deutsche Bündnispolitik zwischen den Polen transatlantische Orientierung und europäische Gegenmachtbildung diskutiert.

Sowohl die Zielstellung der Hrsg., eine faktische Grundlegung der Richtungsdiskussion zu ermöglichen, als auch die Anordnung der explizit meinungsbetonten Beiträge am Ende des Buches, suggerieren einen Erkenntniszugriff auf objektive

Wirklichkeit und ihre wertneutrale Darstellung. Ein Ausgangszenario, welches bei Anhängern konstruktivistischer und kritischer Erkenntnistheorie die Alarmglocken läuten lässt. Zu recht. Die Beiträge des Bandes objektivieren Setzungen, die wissenschaftlich und politisch umstritten sind. Das beginnt bereits bei der einführenden Darstellung des „allgemeine(n) Möglichkeitsraum(s)“ (10) deutscher Außenpolitik.

Im Aufsatz von Thomas Jäger und Rasmus Beckmann („Die internationalen Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik“) stellen die Autoren ihre systemische Sichtweise dar. Auf der Ebene des internationalen Systems ließen sich zwar nicht alle Aspekte außenpolitischen Handelns erklären aber die Handlungsfreiheit nationaler Politik wird als äußerst begrenzt angesehen.

Als Fixpunkte der Systemanalyse stellen Jäger und Beckmann unter Bezugnahme auf neorealistische Ansätze die Abwesenheit eines anerkannten Gewaltmonopols („Anarchie“), die historisch gewachsene und veränderbare Polarität zwischen Ordnungsmächten und die damit verbundenen Prozesse von Gegenmachtbildung heraus. Aus der institutionalistischen Theoriebildung werden Prozesse der Transnationalisierung, Globalisierung und Internationalisierung als hinzu kommende Restriktionsfaktoren für Außenpolitik abgeleitet. Allerdings dominiert die neorealistische Sichtweise die theoretische Grundlegung. So gilt die Internationalisierung der letzten 50 Jahre als Fortsetzung des Staatenwettbewerbs. Den Akteuren geht es dabei um die Bewahrung und den Ausbau des eigenen Handlungsspielraums. Kooperation zwischen Staaten sei deshalb

nur dann zu erwarten, „(...) wenn sie sich aus der Zusammenarbeit einen höheren Gewinn versprechen, als die anderen Kooperationspartner zu erlangen in der Lage sind (...)“ (27). Der Pessimismus hinsichtlich der Kooperationschancen von Staaten erscheint hier als Gesetzmäßigkeit. Ein Blick auf die Entwicklung der EU aber zeigt, dass Kooperation zwischen Staaten auch dann möglich ist, wenn damit nicht die Erwartung eines relativen Vorteils gegenüber anderen Kooperationspartnern verbunden ist. Der neorealistische Essentialismus von Jäger und Becker, nach dem souveräne Staaten mittels instrumentell einsetzbarer Machtressourcen immer nach relativen Autonomiegewinnen streben, bedarf einer deutlichen Relativierung. Und doch hat die neorealistische Weltsicht bei der Analyse der Weltpolitik einen nicht von der Hand zu weisenden Vorteil. Im Gegensatz zu idealistischen Beschreibungen des Staatensystems, die mit der Globalisierung die Chancen auf weltgesellschaftliche Verständigung steigen sehen, werden von Jäger und Beckmann – allerdings ohne erkennbare kritische Absicht – Bedingungen konstitutiver Teilhabe auf internationalem Terrain und die Ungleichheit internationaler Verhältnisse benannt. Die mit der Globalisierung verbundenen Prozesse zielen auf eine Öffnung des Staatsterritoriums für den ökonomischen Wettbewerb. Zudem erstreckt sich die Konkurrenz auch auf die Regeln der internationalen Ordnung. Die Bedingungen für Außenpolitik sind mit Blick auf beide Ebenen alles andere als gleich. Profitieren können von der Öffnung des internationalen Waren- und Dienstleistungsverkehr vor allem diejenigen Staaten, denen es gelingt, die damit verbundenen Begleiterscheinungen „... in

asymmetrischer Kooperation mit anderen Staaten kontrollierend einzufangen“ (28). Mit anderen Worten, Gewinner sind die, denen es gelingt, die negativen Globalisierungsfolgen auf andere Staaten abzuwälzen. Dieses Vermögen wiederum ist an Voraussetzungen gekoppelt. „Je schwächer die Machtressourcen von Staaten ausgebildet sind, desto größer ist der Einfluss externer Akteure, der für die Ausgestaltung der Außenpolitik kalkuliert werden muss“ (29). Bezogen auf den Untersuchungsgegenstand des Buches bleiben diese Erkenntnisse vorerst vage. Jäger und Beckmann schließen mit dem unspezifischen Handlungsvorbehalt, aus der „Tiefenstruktur des internationalen Systems“ würden in „hohem Maße“ Einschränkungen für die deutsche Außenpolitik erwachsen (35). Auch im nächsten Beitrag von Kai Oppermann und Alexander Höse („Die innenpolitischen Restriktionen deutscher Außenpolitik“) geht es darum, Grenzen des politischen Spielraums zu bestimmen. Mit Bezug auf den Zwei-Ebenen-Ansatz wird Außenpolitik als Mittlerfunktion zwischen internationalen und innergesellschaftlichen Imperativen erklärt. Regierungen gelten in diesem Modell als zentrale Akteure, weil sie außenpolitische Strategien formulieren können. Andere innergesellschaftliche Gruppen haben nur insofern Einfluss, wie ihre Anerkennung und Bestätigung des internationalen Handelns der Regierung notwendig ist. Von dieser privilegierten Rolle der Regierung ausgehend werden Akteure des Politischen Systems wie Legislative, Parteien, Interessengruppen und Öffentliche Meinung auf ihren Einfluss hin untersucht. Als Bemessungskriterien fungieren die verfassungsmäßigen Aufgaben einer Institution sowie

ihre formale Nähe zu den außenpolitischen Entscheidungsträgern. Die Ergebnisse dieser Herangehensweise bleiben notwendigerweise widersprüchlich. So heißt es mit Blick auf den Einfluss politischer Parteien, dieser sei „vergleichsweise gering“ (60). Etwas später sieht man ihre Wirkungsweise schon in einem anderen Licht. Der Handlungsspielraum der Regierung könne dann stark beeinflusst werden, wenn Parteien die außenpolitische Debatten der Öffentlichkeit aufgreifen und den davon ausgehenden Druck potenzieren: „In dieser Weise gewannen politische Parteien in der Bundesrepublik vor allem für die großen Weichenstellungen deutscher Außenpolitik von der Westbindung über den deutschen NATO-Beitritt und die Ostpolitik bis hin zu den jüngeren Auseinandersetzungen über die Auslandseinsätze der Bundeswehr eine Bedeutung als eigenständige Parameter des Entscheidungsprozesses“ (61). Am Ende des Aufsatzes wird gar eine „(Re-)Parlamentarisierung“ (64) der Außenpolitik für die 90er Jahre diagnostiziert und mit den verstärkten Mitsprachemöglichkeiten des Parlaments bei Fragen des militärischen Einsatzes deutscher Soldaten im Ausland und in der Europapolitik begründet. Ursache dieser Uneindeutigkeit ist nicht der Wunsch, eine differenzierte Analyse zu bringen. Jedenfalls wird dieses Ansinnen nicht benannt. Vielmehr ist die starre Orientierung am theoretischen Rahmen des Zwei-Ebenen-Spiels das Problem. Der Anspruch, außenpolitischen Einfluss einiger weniger ausgewählter Gruppen des politischen Systems nur aus einer top-down-Perspektive über Nähe bzw. Distanz zur Exekutive messen zu wollen, kann viele Bereiche des außenpolitischen Prozesses, die sich innerhalb der Gesellschaft abspie-

len, nicht erfassen. Die von Oppermann und Höse selbst angeführten Grundsatzdebatten aber auch der nicht erwähnte Prozess geschichtspolitischer Normalisierung im wiedervereinten Deutschland belegen eine andere Einflussart innergesellschaftlicher Kräfte auf Außenpolitik. Diese ist Ergebnis von Definitionskämpfen um verschiedene Problemwahrnehmungen und Bearbeitungsweisen, die zwischen Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Interessen und Einstellungsmustern ausgetragen werden. Entscheidender Unterschied zur Perspektive von Oppermann und Höse ist, dass der damit zusammenhängende außenpolitische Einfluss nur als konstitutiver Prozess in der Gesellschaft zu analysieren ist.

Die damit angesprochene konstruktivistische Perspektive bleibt im Sammelband eine Ausnahme. Eingenommen wird sie von Rainer Baumann, der sich in seinem Aufsatz „Multilateralismus: Die Wandlung eines vermeintlichen Kontinuitätselements der deutschen Außenpolitik“ mit einer Veränderung des außenpolitischen Diskurses beschäftigt. Entgegen der landläufigen Anschauung, dass hiesige Außenpolitik auch nach der Wiedervereinigung weitgehend von Kontinuität gekennzeichnet ist, lässt sich innerhalb des Diskurses über Multilateralismus nachweisen, dass ein signifikanter Bedeutungswandel stattgefunden hat. Baumann macht dies anhand außenpolitischer Reden von Mitgliedern der Bundesregierung und des Bundespräsidenten plausibel. Während der bundesrepublikanische Multilateralismus zu großen Teilen auf der Bereitschaft zur Selbstbindung in internationalen Institutionen sowie zur nicht-diskriminierenden Abstimmung mit Partnern beruhte, wur-

den in den 90er Jahren Status- und Einflussgewinne als Begründungsmuster für multilaterales Verhalten immer wichtiger. Das gegenwärtige Festhalten an der Präferenz multilaterale Einbindung „(...) stützt sich (...) viel stärker auf Konzepte wie Eigeninteresse und den Anspruch auf Mitsprache als dies vor und unmittelbar nach der deutschen Vereinigung der Fall war“ (458).

Der Aufsatz von Baumann, kann auch als Fragestellung gegenüber der theoretischen Rahmung des Sammelbandes gelesen werden, weil er entgegen der systemisch und formalistisch abgeleiteten Ohnmacht gesellschaftlicher Akteure auf das Phänomen der Diskursmacht verweist. Die überwiegende Mehrzahl der Aufsätze hält sich enger an die in den einleitenden Beiträgen dargestellten Grenzziehungen.

Auch im Beitrag über die deutsche NATO-Politik von Markus Kaim erscheint deutsche Außenpolitik tendenziell als Automatismus, der durch veränderte Systembedingungen ausgelöst wird. Von Kaim wird der deutsche NATO-Konfrontationskurs aus dem Jahr 2003 und damit die Episode deutscher Sicherheitspolitik, die am deutlichsten auf die Erweiterung von Handlungsoptionen zielte, erst „zum Teil“, kurz danach „vor allem“ als Reflex auf die amerikanische Außenpolitik interpretiert. Die Politik der USA habe „(...) den atlantischen Pfeiler der deutschen Außenpolitik erschüttert und die Abkehr der Regierung der Schröder vom Bündnis ausgelöst (...)“ (92). Es drängt sich der Eindruck auf, Deutschlands Anteil an der Weltordnungspolitik soll immer dann, wenn er auf Konfrontation und neue Unsicherheitspotentiale zielt, als erstens nicht selbst verschuldet und zweitens als gar

nicht so gemeint dargestellt werden. Bei Kaim heißt es in diesem Sinne, Deutschland verfolge „(...) mit der ESVP lediglich mittelfristig und eher rhetorisch das Ziel, eine vollständig autonome sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der Europäischen Union abgekoppelt von der NATO sicherzustellen“ (93). Ein Satz, der schon wegen des Widerspruchs zwischen „mittelfristig“ und „rhetorisch“ nur als appellativer Entwarnungswunsch verständlich wird.

Und trotzdem werden Leserinnen und Leser, die Deutschlands Außenpolitik mit dem Begriff der Zivilmacht eher ausgeschmückt als treffend beschrieben finden, einzelnen Aufätzen aufgrund klarer Situationsbeschreibungen etwas abgewinnen können. Wenn beispielsweise Rolf Clement das weltweite Engagement deutscher Soldaten nicht mit der Verteidigung von Menschenrechten begründet, sondern dafür hinzu tretende „harte“ Interessen verantwortlich macht. Als solche gelten „(...), dass die Deutschen Arbeit haben und sich damit ihren individuellen Wohlstand gestalten können.“ (123). Vor diesem Hintergrund müsse deutsche Außenpolitik gewährleisten „(...), dass der Zugang zu Rohstoffen und zu Absatzmärkten offen bleibt.“ (ebd.) Zweites Hauptziel sei „(d)er Schutz der wirtschaftlichen und politischen Infrastruktur „ vor terroristischen Bedrohungen. Geht es darum, ob diese Ziele eher im Bündnis mit den USA oder durch eine europäische Alternative erreicht werden sollen, stellt sich die angebliche Ideologiefreiheit realistischer Analysen schon jenseits theoretisch informierter Kritik als Schutzbehauptung heraus. Clement, der gerade noch für ungeschminkte Klarheit bei der Legitimation

von Bundeswehreinsätzen warb, sieht die deutsche Truppe nun in Afghanistan, um „(...) Frieden zu sichern und dem Land in eine bessere Zukunft zu helfen“ (135). Im Gegensatz zum „(...) Verhalten, das US-Soldaten z. B. im Irak an den Tag legen“, machten deutsche Soldaten beispielsweise über „(...) Radioprogramme in der jeweiligen Landessprache (...)“ und das Spielen „(...) landesüblicher Musik (...)“ deutlich, dass mit der Bundeswehr keine „(...) Besatzungsarmee aufmarschiert ist (...)“ (135). Solche Dichotomisierungen deuten an, dass man einer sicherheitspolitischen Alternative Europa im Allgemeinen sehr positiv gegenüber steht. Ob dies mit einer Loslösung von den USA verbunden sein müsste oder ein Spagat möglich ist, darüber gehen die Meinungen noch auseinander.

Im letzten Teil des Buches diskutieren fünf namhafte Wissenschaftler die zukünftige Bündnisorientierung deutscher Außenpolitik. Für Hans-Peter Schwarz folgt aus dem „(...) realistischen Blick auf die internationale Umwelt (...)“ eine bevorzugte „(...) Pflege guter Beziehungen zu den USA (...)“ (569). Seine Argumente sind erstens, dass die USA wie auch Europa Teil der westlichen Zivilisation sind, zweitens die Vereinigten Staaten längerfristig stärkste Weltmacht bleiben, drittens, die historische Erfahrung lehre, dass Europa nur geeint werden könne, wenn dies auch in Washington gewünscht werde und viertens, ein bisher gut funktionierendes Bündnis nicht einfach so aufgegeben werden könne. Aus dem realistischen Blick von Werner Link folgt das Gegenteil: „Das wiedervereinigte Deutschland ist primär eine europäische, nicht eine atlantische Macht, nämlich (1) aufgrund seiner geo-

graphischen und geopolitischen Lage in der Mitte Europas und der erweiterten Europäischen Union und (2) aufgrund seiner internen Struktur und Wertepräferenz (...)“ (585). Die Entwicklung einer europäischen Gegenmacht ergebe sich gemäß der Balance-of-Power-Theorie ganz „werturteilsfrei“ (593) als Reaktion auf die hegemoniale Führungsposition der USA.

Im Unterschied dazu treten Lothar Rühl und Reinhard Rohde, für ein Sowohl-als-auch in der Bündnisfrage ein. Vor allem Rohde, der die deutschen Bündnisoptionen vor dem Hintergrund ökonomischer Nutzenerwägungen diskutiert, zeichnet dabei ein düsteres Bild eines weltpolitisch absteigenden Deutschlands. Sein Beitrag liest sich weniger als bündnispolitische denn als neoliberale Richtungsempfehlung. Das eigentliche Dilemma bestünde in den „(...) typische(n) Leistungsschwächen einer verwöhnten Gesellschaft (...)“ (616). Weitergehende Reformschritte in Richtung „(...) Steuerreform, Unternehmensentlastung, Bürokratieabbau, Stärkung der Investitionen und Arbeitsmarktreformen (...)“ (615), so die impliziten Forderungen, wären Grundlage dafür, dass Deutschland wieder ökonomisch und damit sowohl im transatlantischen als auch im europäischen Verhältnis die erste Geige spielt.

In der Sorge um Deutschlands Stellung im Konzert der Mächte scheinen sich die Diskutanten denn auch einig. Im letzten Aufsatz des Buches ist es an Winfried von Bredow, diesen Eindruck als Bleibenden zu verfestigen. Dazu greift er affirmativ die Analyse von Baumann auf, nach der Deutschland zwar weiterhin auf multilaterale Einbindung in der internationalen Politik setze, diese Politik aber stärker unter

dem Gesichtspunkt eigner Statusgewinne verfolgt. Bredow koppelt diese Erkenntnis mit der systemischen Rahmenanalyse, nach der unter den geänderten weltpolitischen Bedingungen nun einmal keine andere Wahl als deutsches Weltmachtstreben bleibe: „Der Multilateralismus bleibt freilich eine der wichtigsten Methoden in der deutschen Außenpolitik. Aber es geht um einen gestalterisch eingesetzten, um einen nachdrücklichen Multilateralismus mit Führungsqualität.“ (632).

Wie lautet das Fazit nach so viel analytischer Besorgnis um Deutschlands Rolle in der Welt?

Zunächst scheint es, als ermöglicht der theoretische Bezug auf Realismus und Institutionalismus in den Internationalen Beziehungen eine brauchbare Beschreibung der Wirklichkeit. Die deutsche Außenpolitik der letzten Dekade, die sowohl auf Kontinuität der NATO-Einbindung als auch auf die Entwicklung einer autonomen handlungsfähigen europäischen Alternative setzte und über beide Optionen eine stärkere Rolle als weltpolitischer Ordnungsfaktor anstrebte, passt sich in Analyseraster wie „Unterordnung gegenüber einer Vormacht“ und „zunehmende Gegenmachtbildung“ ein. Außenpolitische Pfadabhängigkeiten, die sich aus einer globalisierten Kapitalverwertung ergeben, lassen sich ebenso immer wieder belegen. Zurückzuweisen ist jedoch die immunisierende Annahme von Staat, Macht, geographischer Lage und Markt als voraussetzungslose Gegebenheiten, aus denen alles andere zwangsläufig folgt. Sie blendet den Bereich diskursiver Wirklichkeitskonstruktion aus. Folgerichtigkeit erlangen die Kategorien des Realismus aber erst dann, wenn sich Gesellschaft auf ihre Bedeutung

verständigt. Ein Prozess, der die Marginalisierung alternativer Deutungsangebote verlangt. Eingedenk des Ausgangsanspruchs dieses Sammelbandes, eine vordiskursive Zustandsbeschreibung deutscher Außenpolitik zu liefern, ist vor solch einer Lesart – nicht vor dem in seiner Spannweite nützlichen Buch – zu warnen. Dieser Sammelband über deutsche Außenpolitik ist alles andere als wertneutral, sondern Teil einer diskursiven Sinngebung, in der so etwas wie Skepsis gegenüber deutschem Machtstreben oder die Kritik an Auslandseinsätzen deutscher Soldaten keinen Platz findet.

Anmerkungen:

- 1 Vgl. zur Debatte u. a. die Beiträge in der Zeitschrift *WeltTrends* Nr. 42 u. Nr. 43/2004.
- 2 G. Schöllgen, Der Auftritt. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin / München 2003; S. B. Gareis, Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Einführung, Opladen 2005; R. Baumann, Der Wandel des deutschen Multilateralismus. Eine diskursanalytische Untersuchung deutscher Außenpolitik, Baden-Baden 2006; W. von Bredow, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2006; G. Hellmann, Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung, Wiesbaden 2006; M. Hawel, Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland, Hannover 2007; S. Schmidt / Gunter Hellmann / Reinhard Wolf (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2007; S. Harnisch / Ch. Katsioulis / M. Overhaus (Hrsg.), Deutsche Sicherheitspolitik. Eine Bilanz der Regierung Schröder, Baden-Baden 2004.